

(Die Erhöhung der Eisenbahntarife.)

Der Bund der Fabriksindustriellen befaßte sich in zwei Sitzungen mit der bevorstehenden Erhöhung der Eisenbahntarife und verhandelte in der zweiten Sitzung diese wichtige Angelegenheit mit dem Vertreter der Eisenbahn. In der ersten, am 6. d. M. abgehaltenen Sitzung, in der alle Zweige der Fabriksindustrie vertreten waren, wies der Vorsitzende Magnatenhausmitglied Dr. Franz Chorin auf den alten Standpunkt des Bundes in Angelegenheit der Tarifierhöhung hin. Er hob hervor, daß der Bund auch anlässlich der Einführung der Transportsteuer unterschieden gegen die gleiche prozentuelle Erhöhung aller Tarifklassen Stellung genommen hat, da die Warenklassifikation und der Tarif aus ungarischem Gesichtspunkte ungerecht sei. Die durch die ungarische Industrie benützte, im Inlande produzierte Rohware, sowie das Halbfabrikat müssen unverhältnismäßig höhere Tariflasten tragen, als die hochwertigen, vom Auslande eingeführten Fertigfabrikate. Der Tarif müßte also dahin streben, diese Disproportion abzuschaffen und dadurch die ungarische Industrie in ihrer Konkurrenz gegen die ausländische zu unterstützen. Demgegenüber vernehmen wir aus Zeitungsmeldungen, daß von einer Abschaffung der Ausnahmetarifklassen die Rede sei. Dagegen müsse man im Interesse der heimischen Produktion entschiedenen Stellung nehmen. Die Ausnahmetarifklassen dürfe man mit den Resaktien nicht verwechseln, da sie keine besondere Begünstigung enthalten. So wurde für die Kohle aus dem Grunde die Anwendung eines solchen Ausnahmetarifs notwendig, weil die heimische Braunkohle von bedeutend geringerem Heizwert ist, als die österreichische und preußische Steinkohle, mit der sie hierzulande den Wettbewerb bestehen muß. Oesterreich und Preußen tun dasselbe im Interesse ihrer eigenen Kohlenproduktion und wir dürfen heute, da wir uns hinsichtlich der Kohle vom Auslande emanzipieren wollen, den Ausnahmetarif der Kohle nicht abschaffen, da dies gegen die Interessen sowohl der Produktion, wie auch der Konsumenten, wiewohl letztere die Fracht bezahlen, verstoßen würde. Sekretär Dr. Nikolaus Möricz weist darauf hin, daß dieser neuerliche Tarifierhöhungsplan den anlässlich der Einführung der Transportsteuer getroffenen Vereinbarungen zuwiderlaufe, da man den äußerst hohen Steuersatz schon damals mit dem Bedarfe der Eisenbahnen motiviert hatte. Wohl haben sich die Einnahmen der Staatsbahnen während des Krieges nicht günstig gestaltet, daran trägt aber nicht der Zivilverkehr schuld, der trotz aller Verringerung nahezu das Doppelte dessen abwirft, was die Militärtransporte eintragen, sondern der Umstand, daß die Einnahmen aus den Militärtransporten mit den außerordentlichen Leistungen der Eisenbahnen nicht im Einklang stehen. Moriz Gavas spricht im Auftrage der Kohlenindustrie. Er hält die Abschaffung der Ausnahmetarife aus dem Gesichtspunkte einzelner überaus wichtigen ungarischen Industriezweige für gefährlich und undurchführbar. Wir müssen unbedingt die Daten der Militärtransporte kennen, denn die Aufrechterhaltung des Militärtarifs sei unrichtig. Arnold Kovács hält vor allem die Mitteilung der Eisenbahnpläne für notwendig. Nach den Bemerkungen von Robert v. Szurdan, Dr. Gustav Bokor, Ludwig Moiret, Ernst Reimann, Andreas Scheiber, Dr. Johann Romin und Béla Surányi spricht der Vorsitzende als Beschluß aus, die Konferenz erjuche die Regierung, vor endgültiger Entscheidung das Gutachten der Industrien und der wichtigeren Produktionszweige anzuhören, und bei den mit Oesterreich abzuhaltenden Verhandlungen den Vertretern der ungarischen Industrien einen Platz einzuräumen. Die Konferenz hält eine neuerliche Erhöhung der Tarife nebst der Transportsteuer nicht für zeitgemäß, da man befürchten muß, daß der neue Tarif auch nach dem Kriege aufrechtbestehen bleibt. Der Bund nimmt gegen die Abschaffung der Ausnahmetarife Stellung und empfiehlt die Reform der Militärtarife der Aufmerksamkeit der Regierung. In der gestern abgehaltenen zweiten Sitzung führte Vorseurat Andreas Scheiber den Vorsitz.

Die Staatsbahnen waren durch den Oberkontrollor Ludwig Wischn vertreten, der erklärte, die Verhandlungen seien selbst bei den Eisenbahnen noch nicht soweit gediehen, daß man hierüber Mitteilungen machen könnte. Von einer radikalen Tarifreform kann kaum die Rede sein, da zu einer solchen die Beständigkeit der Preisverhältnisse, sowie die Kenntnis solcher Faktoren notwendig wäre, die niemand vorher sehen kann. Von finanziellem Gesichtspunkte ist es notwendig, das Gleichgewicht zwischen den Einnahmen und Ausgaben der Staatsbahnen im Wege einer entsprechenden Tarifierhöhung zu sichern, ohne die in der Praxis sich bewährten Grundprinzipien der Tarifbemessung umzustürzen. Nach den Ausführungen von Gustav Bokor, Paul v. Biró, und des Generaldirektors Emil Bacher, schloß der Vorsitzende die Beratung, indem er diese erste Berührung zwischen den Staatsbahnen und dem Bunde mit Freuden begrüßte und der Hoffnung Ausdruck gab, daß die Eisenbahnverwaltung bei der nächsten Gelegenheit konkrete Mitteilungen machen wird, damit sich auch der Bund mit den Plänen und Möglichkeiten gründlich befassen könne.